

Aufgefallen

2019 war das Jahr eines energischen Linksrutsches – grün gefärbt. Das hat Folgen. Zum Beispiel stehen unsere Unternehmen am Pranger. Sie gelten jetzt nicht mehr als Quelle von Arbeitsplätzen, Verdienst und Wohlstand, sondern als «Klimasünder». Und wenn Demonstranten Schalterhallen besetzen und Kunden den Zugang versperren, sind das gemäss Medien, also der veröffentlichten Meinung, keine Hausbesetzer, sondern «Klimaaktivisten».

Eine grüne Nationalrätin fordert «staatlich garantierte Kita-Plätze für alle». Diese Kinderbetreuung soll neu zum öffentlichen Bildungs-Grundangebot zählen: «Für den Betrieb zuständig wären die Kantone, das Geld käme vom Bund.» Und wer zahlt dieses Geld? Das sagt niemand. Aber klar: wir Steuerzahler!

Die Zürcher SP-Stadtpräsidentin fordert das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene und findet eine Mehrheit im Kantonsparlament. Sie beurteilt die politische Mitbestimmung von Ausländern als Beginn, nicht als Abschluss der Integration. Eigenartig: Zuerst bekommt man das Stimmrecht, erst dann soll integriert werden. Sprachfähigkeit, Staatskenntnis, Sitten und Gebräuche des Landes – all das soll nach dem erteilten



Stimmrecht – oder überhaupt nicht – folgen!

Der Bundesrat will 1,3 Milliarden Franken zusätzlich in die SBB stecken. Der öffentliche Verkehr leidet vor allem an der Massenzuwanderung. Überall fehlt es aus diesem Grund an Platz. Der neue politische Trend hebt derweil in den Städten viele Parkplätze auf und beschränkt die Zufahrten. Stau und verstopfte Strassen sind die Folgen.

Die Kandidatin fürs SP-Präsidium wälzt Ideen einer neuen Vermögenssteuer und vertreibt so die besten Steuerzahler. Die Staatsausgaben bleiben. Dann zahlen dies die anderen – der Mittelstand natürlich. Ich habe als Bauer gelernt: Gute Kühe soll man nicht schlachten, sondern melken!

E gfreuti Wuche.

Christoph Blocher